

Die Staatspolitische Kommission des Ständerates in der 46. Legislaturperiode 1999 - 2003

Inhaltsübersicht

- 1 Auftrag
- 2 Behandelte Geschäfte in der 46. Legislaturperiode 1999 - 2003
- 3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen
- 4 Zeitaufwand der Kommission
- 5 Bemerkungen zu den Kommissionsarbeiten
- 6 Ausblick: wichtige Themen in der 1. Hälfte der 47. Legislaturperiode 2003 - 2005 im Zuständigkeitsbereich der Staatspolitischen Kommission (soweit z.Zt. voraussehbar)

1 Auftrag

Gemäss Artikel 10 Absatz 2 GRS (in der bis am 30.11.2003 geltenden Fassung) haben die Legislativkommissionen folgenden generellen Auftrag:

- a. Beratung der ihnen vom Büro zugewiesenen Geschäfte aus ihren Sachbereichen zuhanden des Rates;
- b. regelmässige Verfolgung der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ihren Sachbereichen;
- c. Ausarbeitung von Anregungen und Vorschlägen zur Problemlösung in ihren Sachbereichen;
- d. Koordination mit den Kommissionen beider Räte, die dieselben oder ähnliche Fragen bearbeiten, insbesondere mit der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission.

Durch Bürobeschluss vom 8.11.1991 wurden der Staatspolitischen Kommission folgende Sachbereiche zugewiesen: Bundesbehörden (ohne Bundesgericht), Bundespersonal, Bund und Kantone, Gewährleistung der kantonalen Verfassungen, politische Rechte, Bürgerrecht, Ausländerfragen, Asylwesen, Staat und Kirche

2 Behandelte Geschäfte in der 46. Legislaturperiode 1999 - 2003

21 Statistischer Überblick

Die Staatspolitische Kommission des Ständerates hat insgesamt 85 Geschäfte vorberaten. Diese Geschäfte teilen sich in folgende Kategorien auf (in Klammern: Periode 1995-1999):

	Geschäftstyp	Anzahl	Bemerkungen
a.	Erlassentwürfe des Bundesrates	28 (22)	<i>davon 1 Volksinitiative</i>
b.	Berichte des Bundesrates	1	
c.	Mitberichte zu Erlassentwürfen des Bundesrates oder anderer Kommissionen	2 (3)	
d.	Vorprüfungen von Parlamentarischen Initiativen	4 (2)	<i>Folge gegeben: 4</i>
e.	Vorprüfungen von Standesinitiativen	3 (1)	<i>Folge gegeben: 1 Keine Folge gegeben: 2</i>
f.	Ausarbeitung einer Vorlage (pa.lv. der Kommission / pa.lv./ Kt.lv. 2. Phase)	11 (3)	<i>Annahme: 5 Abschreibung: 6</i>
g.	Erlassentwürfe des anderen Rates (von einer Kommission des anderen Rates ausgearbeitete pa.lv.)	8 (7)	<i>Annahme: 7 Ablehnung: 1</i>
h.	Kommissions-Vorstösse	8 (2)	<i>1 Motion 5 Postulate 2 Empfehlungen</i>
i.	Motionen des anderen Rates	4 (11)	
j.	Petitionen	12 (11)	<i>Keine Folge geben: 11 Im Rahmen eines anderen Geschäftes behandelt: 1</i>
k.	Interne Geschäfte, die nicht zu Ratsgeschäften wurden	4 (?)	
	Total	85 (61)	

22 Erlassentwürfe des Bundesrates und des anderen Rates

Die wichtigsten von der Kommission vorberatene Erlassentwürfe:

- 98.076 Bundespersonalgesetz
- 99.023 Pensionskasse des Bundes. Bundesgesetz
- 01.036 « Gegen Asylrechtsmissbrauch ». Volksinitiative
- 01.076 Bürgerrechtsregelung. Revision
- 01.080 Staatsleitungsreform
- 01.401 Pa.lv. Staatspolitische Kommission NR. Parlamentsgesetz
- 02.400 Pa.lv. Staatspolitische Kommission NR. Unterstützung zur Erfüllung der parlamentarischen Aufgaben
- 03.013 Öffentlichkeitsgesetz

23 Ausarbeitung einer Vorlage

Ausarbeitung eines Gesetzes- oder Beschlussentwurfes unter Federführung der Kommission: die SPK-S hat ihrem Rat 5 Vorlagen unterbreitet:

- 99.436 Pa.Iv. Kommission 96.091-SR. Beseitigung von Mängeln der Volksrechte (von Volk und Ständen am 9.2.2003 angenommen)
- 00.420 Pa.Iv. Hess Hans. Vorbereitungshaft bei Asylmissbrauch
- 03.416 Pa.Iv. SPK-SR. Änderung der Volksrechte. Inkraftsetzung
- 03.417 Pa.Iv. SPK-SR. Geschäftsreglement des Ständerates
- 03.459 Pa.Iv. SPK-SR. Vorläufige Anwendung von völkerrechtlichen Verträgen

6 pa.Iv. wurden als erfüllt abgeschrieben, da ihr Anliegen in anderen Vorlagen eingebaut werden konnte.

Erwähnenswert ist insb. 97.409 Pa.Iv. Rhinow. Staatsleitungsreform, welche Anlass gab, die Vorarbeiten des Bundesrates für die Staatsleitungsreform intensiv zu begleiten.

24 Übrige Aktivitäten

Ausserhalb der von den Ratsbüros zugewiesenen Geschäfte behandelte die Staatspolitische Kommission im Sinne von Art. 10 Abs. 2 Bst. b und c GRS (siehe oben) verschiedene aktuelle Probleme aus ihrem Zuständigkeitsbereich:

- gesetzgeberische Legislaturziele des EJPD im Zuständigkeitsbereich der SPK, Aussprache mit der Departementsvorsteherin EJPD vom 17.1.00
- Staatsleitungsreform, Information über den Stand der Arbeiten des Bundesrates (16.5.00, 15.8.00, 6.11.00, 22.1.01)
- Rückführung von Kosovo-Flüchtlingen, Information durch die Departementsvorsteherin EJPD vom 16./25.5.00
- Wahrnehmung politischer Rechte durch die Auslandschweizer/innen, Anhörung des Groupe d'Etudes Helvétiques de Paris sowie der Auslandschweizer-Organisation (ASO) vom 2.4.01
- Asyl- und Migrationspolitik der EU (Dublin/Schengen), Information durch die Departementsvorsteherin EJPD vom 29.10.01
- Orientierung über die Ergebnisse der Föderalismuskonferenz, 26.8.03

3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen

31 Präsidium

- Präsident Wintersession 1999 - Wintersession 2001: Reimann Maximilian
- Vizepräsident Wintersession 1999 - Wintersession 2001: Wicki Franz
- Präsident/-in Wintersession 2001 - Wintersession 2003: Wicki Franz
- Vizepräsident/-in Wintersession 2001 - Wintersession 2003: Dettling Toni

32 Mitglieder der Kommission

Zusammensetzung der Kommission ab Wintersession 1999: Béguelin, Briner, Brunner, Büttiker, Forster, Cornu, Dettling, Escher, Inderkum, Schmid, Stähelin

Rücktritte und neue Mitglieder seit der Wintersession 1999:

- Wenger ersetzt Schmid ab Sommersession 2001
- Germann ersetzt Wenger ab Herbstsession 2002

33 Subkommissionen

Die Kommission hat folgende Subkommission gebildet:

- Subkommission Volksrechte (ab Frühjahrssession 2000 bis Wintersession 2001; zusammen mit SPK-N): Dettling (Präsident), Béguelin, Inderkum, Schmid

4 Zeitaufwand der Kommission

41 Kommission

Die insgesamt 29 Sitzungen (ohne Sitzungen während der Sessionen) haben *40 Sitzungstage* beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 164 Stunden (gut 4 Stunden pro Sitzungstag).

Zum Vergleich: 1995-1999: 25 Sitzungen, 36 Sitzungstage, 159 Stunden
 1991-1995: 23 Sitzungen, 32 Sitzungstage, 136 Stunden

42 Subkommission Volksrechte

Die insgesamt 7 Sitzungen (ohne Sitzungen während der Sessionen) haben 8 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 27.25 Stunden (knapp 3 1/2 Stunden pro Sitzungstag).

5 Bemerkungen zu den Kommissionsarbeiten

51 Prüfung von Bundesratsvorlagen

Der „Zufluss“ von Bundesratsvorlagen ist sehr ungleichmässig. Gleich zu Beginn der Legislaturperiode gelangte das Bundesgesetz über die Pensionskasse des Bundes zur Vorberatung in die Kommission. Darauf mussten mehrere grosse Bundesratsvorlagen, deren Vorbereitung sich zum Teil seit Jahren stark verzögert hatte, abgewartet werden. Erst im Frühling 2002 konnte mit der Vorberatung der Staatsleitungsreform begonnen werden, welche die Kommission intensiv beschäftigte (7 Sitzungen). Schwerpunkte des Jahres 2003 bildeten die Bürgerrechtsregelung und das Öffentlichkeitsgesetz. Das Ausländergesetz und die Teilrevision des Asylgesetzes (Botschaften des Bundesrates vom März und September 2002) blieben aber bis zum Ende der Legislaturperiode im Nationalrat stecken.

52 Vorprüfung von parlamentarischen Initiativen / Standesinitiativen

Traditionsgemäss sind parlamentarische Einzelinitiativen im Ständerat eher selten, so dass sich kein Anlass zu besonderen Bemerkungen ergibt.

53 Ausarbeitung von Gesetzes- und Beschlussentwürfen ("2. Phase" von parlamentarischen Initiativen)

Schwerpunkte der Kommissionsarbeiten bildeten zwei Vorlagen, die auf dem Wege der parlamentarischen Initiative ausgearbeitet wurden: Der „Bundesbeschluss über die Änderung der Volksrechte“ (Entwurf der SPK-S; erste Hälfte der Legislaturperiode) und das neue Parlamentsgesetz (Entwurf der SPK-N; wurde im 4. Quartal 2001 und im ersten Quartal 2002 von der SPK-S als Kommission des Zweitrates an 5 Sitzungen intensiv beraten). Derartige in Eigenregie durchgeführte Projekte der Kommission beanspruchen diese und ihr Sekretariat in überdurchschnittlichem Ausmass.

54 "Regelmässige Verfolgung der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen" (GRS Art. 10 Abs. 2 Bst. b)

Die Kommission hat in zwar minderm Ausmasse als ihre nationalrätliche Schwesterkommission, aber in stärkerem Ausmasse als ihre eigenen Vorgängerinnen selbständig Themen in ihrem Zuständigkeitsbereich aufgegriffen (vgl. Ziff. 24).

55 Koordination mit anderen Kommissionen

Es besteht kein Anlass zu Bemerkungen.

56 Mitwirkung des Parlamentes in der Aussenpolitik

Gemäss Artikel 47^{bis}a Absatz 6 GVG informieren die APK „andere ständige Kommissionen über die Belange, die deren Aufgabenbereich betreffen. Die anderen ständigen Kommissionen werden in die Konsultation einbezogen“. Der Aufgabenbereich der SPK wird insbesondere durch Belange der internationalen Asyl- und Migrationspolitik betroffen. Die Kommission hat sich zwar einmal aus eigener Initiative durch die Departementschefin EJPD und durch eine Vertreterin des Bundesamtes für Justiz über die Asyl- und Migrationspolitik der EU und die verschiedenen bestehenden Einzelabkommen mit EU-Ländern informieren lassen. Eine Information durch die APK oder ein Einbezug in eine Konsultation, wie dies das Gesetz vorsieht, erfolgte jedoch nie.

6 Ausblick: wichtige Themen der 47. Legislaturperiode 2003 - 2007 im Zuständigkeitsbereich der SPK-S (soweit z.Zt. voraussehbar)

- 02.024 n Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG)
- 02.060 n Asylgesetz. Teilrevision
- Vernehmlassungsgesetz
- Bundesgesetz über die politischen Rechte. Teilrevision (Einführung der allgemeinen Volksinitiative)
- Beschwerderecht bei Einbürgerungen (pa.Iv. und Kt.Iv.)
- Änderung des Pensionskassengesetzes

